

Gregor Marx

Das Herbeiführen
der Spruchreife
im Verwaltungsprozeß



PETER LANG
Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhalt

Erster Teil

Das Problem. Beschreibung und Abgrenzung

§ 1. Einleitung	19
A. Das Herbeiführen der Spruchreife	19
B. Die Unterscheidung von Verpflichtungs- und Bescheidungsurteil	21
C. Bescheidungsurteil auch bei gebundenen begünstigenden Verwaltungsentscheidungen?	24
D. Herbeiführen der Spruchreife bei gebundenen eingreifenden Verwaltungsakten	28
E. Herbeiführen der Spruchreife auch bei Verfahrensfehlern?	39
F. Das Herbeiführen der Spruchreife und die Diskussion um den Verwaltungsvorbehalt	43
§ 2. Der Begriff der Spruchreife	47
A. Fehlen einer gesetzlichen Definition	47
B. Spruchreife und gerichtliche Entscheidungsreife	49
C. Der Begriff der Spruchreife in der Literatur	52
D. Definition der Spruchreife	56
E. Spruchreife als primäres oder sekundäres Unterscheidungsmerkmal?	57
§ 3. Abgrenzung zu verwandten Problemen	59
A. Das Nachschieben von Gründen	59
B. Die Frage des maßgeblichen Zeitpunktes	64
C. Das Nachholen der formellen Begründung	69
D. Die Umdeutung von Verwaltungsakten	71

Zweiter Teil

Der Streit um das Herbeiführen der Spruchreife

§ 4. Die Position der herrschenden Meinung. Der Grundsatz	75
A. Die Untersuchungsmaxime	76
B. Die Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes bzw. seiner	

C. Der Gedanke der Verfahrensbeschleunigung	84
D. „Dolo agit ... “ (§ 46 VwVfG analog)	88
§ 5. Die Position der herrschenden Meinung. Die Ausnahmen	92
A. Wesensveränderung des Verwaltungsaktes	93
B. Unzulässiger Eingriff in die Kompetenz der Verwaltung	97
C. Beeinträchtigung der Rechtsverteidigung des Klägers	103
§ 6. Die Gegenposition	105

Dritter Teil

Erörterung der verwaltungs- und verfassungsrechtlichen Kriterien

§ 7. Die Bedeutung des Untersuchungsgrundsatzes für das Herbeiführen der Spruchreife	109
A. Nur beschränkte Aufklärungspflicht bei beschränkter gerichtlicher Entscheidungsbefugnis	111
B. Auch bei gebundenen Verwaltungsentscheidungen keine Abhängigkeit der gerichtlichen Entscheidung vom Untersuchungsgrundsatz	115
§ 8. Begrenzung des Streitgegenstandes durch den im Verwaltungsverfahren angenommenen Sachverhalt?	122
A. Ungeeignetheit der abstrakten Streitgegenstandslehren zur Lösung des Problems	123
B. Streitgegenstand und Identität des Verwaltungsaktes	132
§ 9. Das Herbeiführen der Spruchreife in verfassungsrechtlicher Hinsicht	136
A. Die Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes	136
B. Der Grundsatz der Gewaltenteilung	151
§ 10. Zusammenfassung und Ausblick	161